

Einfache Zahlen

Von den etwa 21.000 in Wien lebenden Asylwerbern wurden im Vorjahr 6.503 straffällig, also fast jeder dritte. Die Zahl der jungen kriminellen Asylwerber (bis 20 Jahre) stieg um 72 Prozent. Sogar sieben Flüchtlingskinder unter neun Jahren wurden straffällig. Spitzenwerte für jugendliche Asylwerber: Favoriten von 30 auf 74 (jeweils in den letzten 12 Monaten), Neubau von 12 auf 122, und in Ottakring stieg die Zahl auf das fünffache, 126.

Amnesty wirbt mit Strache

Kickl deutet Werbekampagne um

„Offenbar betrachtet auch Amnesty International die permanente linke und linksextreme Hetze gegen die FPÖ und ihren Bundesparteiobmann H.-C. Strache mit wachsender Sorge. Deshalb sieht sich die Organisation dazu genötigt, die linken Extremisten mit Plakaten und Inseraten darauf hinzuweisen, daß auch H.-C. Strache ein Recht auf Menschenrechte hat“, meinte heute FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl bezugnehmend auf die neue Kampagne von Amnesty International, welche ein Bild von H.-C. Strache zeigt mit dem Text „Heinz-Christian Strache hat ein Recht auf Menschenrechte“. Was so mancher Linke in seinem Haß ganz offensichtlich nicht begreifen wolle.

Mausi pinselt Mörtel weg

Die Vergangenheit läßt Richard Lugner nicht los. Seine Exfrau Christina „Mausi“ Lugner lud ihre Promi-Freunde zu einer „künstlerischen“ Aktion in eine Wiener Buchhandlung. Die erschienenen VIPs staunten nicht schlecht, als sie erfuhren, daß es im Rahmen einer Vernissage darum ging, ein Gemälde zu übermalen. Konkret: Christina Lugner ist seit vielen Jahren im Besitz eines Bildes von Martin Sonnleitner, das sie und ihren Ex Richard Lugner in glücklicheren Tagen zeigt. So könne sie das Bild aber nicht mehr aufhängen. Aus diesem Anlaß waren die Gäste dazu angehalten, Lugners Konterfei am Bild möglichst kunstvoll zu übermalen. Die Reaktion: „Mausi soll den Namen Lugner ablegen ... wenn sie mit Lugner nix zu tun haben will. Sie hat doch einen schönen Mädchennamen, Haidinger ...“

„Nix Deutsch kennan ...“

In den Schulen ist Deutsch auf einsamem Posten

An die „lieben Eltern mit nicht-deutscher Muttersprache“ wendet sich eine Volksschule im zweiten Wiener Gemeindebezirk.

In dem Brief heißt es, „es ist auch nicht gut, wenn zuhause gar kein Deutsch gesprochen wird und Ihr Kind nur in der Schule Deutsch spricht und hört“, wie die „Kronen Zeitung“ anlässlich des hohen Ausländeranteils an den Wiener Schulen berichtete. Jeder zweite Schüler verwendet Deutsch nicht als Muttersprache, jede zehnte Volksschule hat einen Ausländeranteil von mehr als 90 Prozent.

Wohin das führt, ergab kürzlich eine Studie des BIFIE, des Bundesinstituts für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des Bildungswesens über die Lese- und Schreibkompetenzen der Schüler der 4. Volksschulklasse. Demnach ist Wien in diesen Bereichen das absolute Schlußlicht im Bundesländervergleich.

Ein Grund der Misere ist, daß zuhause oft kein Deutsch gesprochen wird, was wiederum ein bezeichnendes Licht auf die (fehlende) Integrationsbereitschaft der Einwanderer wirft.

Einladung

zum

Kongress

Verteidiger Europas

Linz an der Donau

Samstag, 29. Oktober 2016

www.europaeisches-forum.at

Wiener Ärztekammer: Ultimative Petition gegen rote Gesundheitsstadträtin Wehsely

Pikant: Der rote Wiener Ärztekammerpräsident sagt seiner Genossin Sonja Wehsely den Kampf an.

Eine neue Ebene erreicht nun die seit Jahren schwelende Auseinandersetzung zwischen der Wiener Ärztekammer und der für Gesundheit und Soziales zuständigen Stadträtin Sonja Wehsely (SPÖ). Mittels einer Petition, die sich Wien-weit zur Unterstützung insbesondere auch an die betroffenen Patienten wendet, fordert der rote Wiener Ärztekammerpräsident Thomas Szekeres seine Genossin Wehsely zur Umkehr in Sachen Gesundheitspolitik und Management des Wiener Krankenanstaltenverbundes (KAV) auf:

Sehr geehrte Frau Stadträtin, die Ärzteschaft der Gemeindespitäler und PflEGEwohnhäuser des Wiener Krankenanstaltenverbunds (KAV) hat sich zu mehr als 90 Prozent für Kampfmaßnahmen bis hin zu einem Streik ausgesprochen. Die Gründe hierfür sind vor allem zahlreiche Nachtdienststreichungen ohne abfedernde Begleitmaßnahmen, durch welche die ärztliche Versorgung der Wiener Bevölkerung akut gefährdet ist. Dies zeigt sich unter anderem durch Ambulanzschließungen und die damit verbundenen immer länger werdenden Wartezeiten. Und auch die Zahl der Kassenärzte stagniert beziehungsweise sinkt sogar – und das trotz steigender Bevölkerungszahlen. Als Wienerinnen und Wiener fordern wir Sie als politisch verantwortliche Stadträtin auf, patientenfeindliche Maßnahmen wie die Reduktion von Nachtdiensten, die Schließung von Ambulanzen und die Kürzungen von Leistungen zurückzunehmen und mit der Ärzteschaft in einen Dialog zu treten, um so die Zerstörung des Wiener Gesundheitssystems zu verhindern.

Ärzte-Arbeitszeitgesetz: Wehsely seit Jahren säumig

Ausgangspunkt der seit Jahren schwelenden Auseinandersetzung zwischen der Wiener Ärztekammer und der zuständigen SPÖ-Stadträtin Wehsely ist die unzureichende Umsetzung des Ärzte-Arbeitszeitgesetzes in den Wiener Gemeindespitälern. Während alle übrigen Bundesländer in einem Konsens zwischen Krankenanstaltenerhaltern und der Ärzteschaft einen Kompromiss bezüglich Arbeitszeit und Bezahlung erreicht hatten, ist dies in der Bundeshauptstadt Wien seit Jahren ein Streitpunkt. Mittlerweile ist die ganze Angelegenheit sogar wieder auf der bundespolitischen Ebene gelandet.

Muß Bund korrigierend in Wien eingreifen?

Zuletzt forderte etwa die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, FPÖ-Abgeordnete Dagmar Belakowitsch-Jenewein, eine gesetzliche Grundlage für eine Ersatzvornahme in Wien auf Bundesebene in Sachen Ärzte-Arbeitszeit, sollte Wehsely nicht in der Lage sein, diese Angelegenheit im Sinne der Patientenversorgung rasch zu regeln.

Britische Kommission: EU ist ein gigantisches Betrugs-System

Ein Bericht des britischen Parlaments zeigt, daß Betrug und Korruption in der EU viel größer sind, als die EU-Kommission zugibt. EU und Mitglieds-Staaten schieben sich gegenseitig die Schuld zu. Die meisten Betrugs-Fälle ereignen sich nicht in Brüssel, sondern in den Mitgliedsstaaten.

Ein Bericht des House of Lords hat ergeben, daß der Betrug gegen das EU-Budget zwölfmal höher sein könnte, als von der EU-Kommission selbst geschätzt wird. Diese schätzt die Höhe des Betrugs auf 404 Millionen Euro. Tatsächlich sind es aber 5 Milliarden Euro oder sogar mehr.

Die meisten Fälle von Betrug und Korruption kämen dabei niemals ans Tageslicht, zitiert der Telegraph aus dem Bericht des britischen Oberhauses. Denn das Anti-Korruptions-System der EU habe „eine Reihe von Schwächen“. Einige EU-Mitgliedsstaaten weigerten sich beharrlich, Verdachtsfälle zu melden. Zudem gebe es große Lücken in dem „verworrenen Netz“ der EU-Ermittlungs-Behörden.

Lord Bowess, der Chef bei der Erstellung des Berichts, sagte: „Es ist extrem beunruhigend, daß so viel Geld aus dem EU-Budget verschwindet, ohne daß irgendjemand den Überblick darüber hat, wo und warum das passiert und – am wichtigsten – wer dafür verantwortlich ist.“ Auch die britische Regierung selbst sei offenbar nicht an diesem Problem interessiert.

Ein Sprecher der EU-Kommission sagte, der Großteil des Betrugs mit EU-Geldern finde nicht in Brüssel, sondern in den Mitglieds-Staaten statt. Die Kommission „ruft die Mitglieds-Staaten andauernd dazu auf, ihre Verantwortung beim Schutz des EU-Budgets ernster zu nehmen“, zitiert ihn der Telegraph. Ein gutes Beispiel ist Bulgarien: Dort boomt die Korruption, seit es Milliarden an EU-Geldern zu verteilen gibt. Insgesamt sind auch die 5 Milliarden Euro noch viel zu gering angesetzt: Andere Erhebungen sprechen von 120 Milliarden Euro, die in dunklen Kanälen versickern.

Pawel Swidlicki, Analyst für Open Europe, sagte, die EU sei besonders anfällig für Verschwendung, aber auch für Betrug und Mißwirtschaft. Dem Telegraph sagte er, die EU-Kommission und die Mitglieds-Staaten gäben einander gegenseitig die Schuld, während die Probleme nicht angegangen würden.

Wien-Margareten: Tausende Polizeieinsätze rund um Schulstandorte

Der Bezirk Wien-Margareten ist in Sachen Sicherheitslage ein Notstandsgebiet. Dies belegt etwa eine aktuelle Anfragebeantwortung von ÖVP-Innenminister Wolfgang Sobotka an den FPÖ-Bundesrat Hans-Jörg Jenewein. Der FPÖ-Mandatar erkundigte sich beim zuständigen Minister über die Anzahl der Polizeieinsätze im Umkreis von einzelnen Schulstandorten im 5. Bezirk der Bundeshauptstadt. Das Resultat ist ernüchternd - mehrere tausend Einsätze der Exekutive bei insgesamt sechs Schulen im Bezirk.

Ausländische Jugendbanden terrorisieren Bezirk

Allein 2015 gab es etwa bei der Berufsschule für Verwaltungsberufe in der Embelgasse 1.928 Polizeieinsätze. Beim Realgymnasium in der Reinprechtstorfer Straße kam es zu 1.582 Einsätzen - es folgen der Standort der BFI-Schulen in der Margaretenstraße bzw. die Volksschule Gassergasse mit 1.267 Polizeieinsätzen, die Volksschule am Hundsturm mit 1.190 Einsätzen und das Realgymnasium Rainergasse mit 845 Einsätzen. In den Vergleichsjahren 2013 und 2014 war die Einsatzdichte an einzelnen Schulstandorten im Bezirk zum Teil noch höher.

Nicht zuletzt durch das Wüten von Jugendbanden mit Migrationshintergrund hat sich in den letzten Jahren nicht nur rund um die Schulen, sondern vor allem auch in den Parkanlagen und insgesamt im öffentlichen Raum die Sicherheitslage laufend verschlechtert.

Rot-Grün ignoriert Sicherheitsprobleme im Bezirk

Keine entsprechende Antwort auf diese Bedrohungslage findet Rot-Grün in Margareten. Initiativen der FPÖ zur Wiederherstellung eines entsprechenden Sicherheitsstandards für die Margaretener Bevölkerung werden regelmäßig abgeschmettert. In einem Interview mit der Bezirkszeitung versteigt sich die stellvertretende rote Bezirksvorsteherin Andrea Hallal-Wögerer sogar dazu zu behaupten, es gebe keinen Problempark im Bezirk. Das bleibt bei der oppositionellen FPÖ in der Bezirksvertretung nicht unwidersprochen.

FPÖ-Klubobmann Fritz Simhandl dazu:

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sich bei der Verteidigung des Nichtstuns gegen die Kriminalität, wie in diesem Fall den Drogenhandel, immer wieder die stellvertretende SPÖ-Bezirksvorsteherin Andrea Hallal-Wögerer hervortut. Hallal-Wögerer ist aber nicht nur linkssozialistische Bezirkspolitikerin, sondern auch Schuldirektorin einer Neuen Mittelschule. In diesem Zusammenhang stellt sich daher die Frage, ob solche „Pädagogen“ tatsächlich geeignet sind, um im Schulwesens unserer Stadt leitende Funktionen innezuhaben. Die FPÖ-Margareten wird sich jedenfalls nicht scheuen, diese Frage auch an den Wiener Stadtschulrat und das Unterrichtsministerium in geeigneter Form heranzutragen.

ZITAT

Lieber ein wahrhaftiger, demokratischer Sozialist, als ein mangelhafter, sozialistischer Demokrat.

© Henry Schaffner (*1949), Frei(zeit)denker und Kleinunternehmer

Zur Erinnerung

Nach vorsichtigen Schätzungen dürften 25 Millionen Sowjetbürger zwischen 1928 und 1953 Opfer des Regimes Josef Stalins geworden sein. Jeder achte Sowjetmensch also wurde entweder Opfer von Erschießungskommandos, oder er war Gulag-Häftling oder verbannt in eine „Sondersiedlung“ in den Weiten Sibiriens. Nicht eingerechnet sind dabei die Millionen Toten durch Hungersnöte. Mehr als tausend Seiten hat Orlando Figes, der in London lehrt, den „Flüsterern“ gewidmet. Es ist das groß angelegte Porträt einer Gesellschaft, in der jeder nur noch flüstert - entweder aus Angst vor Verhaftung oder um Verrat zu begehen. So entschloß sich der gebürtige Georgier in einer weltgeschichtlich raren Grausamkeit, eine ganze „Klasse“ zu vernichten. Die „reichen Kulaken“ mußten sterben, ein Feindbild für die Kommunisten, auch wenn diese noch so erbärmlich und armselig lebten. Mechanisierte Agrar-Kollektive waren das Ziel, wo die Bauern zum ländlichen Proletariat gemacht werden konnten. Allein in den beiden ersten Monaten des Jahres 1930 wurde die Hälfte der sowjetischen Bauernschaft (an die sechzig Millionen Menschen in über 100.000 Dörfern) in die Kolchosen gezwungen. Wer zögerte oder sich gar weigerte, wurde samt Familie getötet oder in Straflager verbannt. „Wenn der Kopf abgehackt ist, weint man nicht um die Haare“, spornte Stalin seine Funktionäre zu noch größerer Grausamkeit an. Geschildert wird die Verzweiflung des örtlichen Dorffunktionärs, der 17 befreundete Familien in den fast sicheren Tod schicken mußte: „Ich mußte irgendwie aussuchen. Ihr gehört dazu. Bitte nehmt es nicht persönlich. Was sollte ich denn tun?“ In den Viehwaggons starben Kinder und Alte wie die Fliegen. Um 1932 befanden sich 1,4 Millionen „Kulaken“ in Sondersiedlungen im Ural und in Sibirien, eine noch größere Zahl schuftete im Gulag - bis zum Tod durch Entkräftung.

Wiens Förderwahn geht trotz Rekordschulden weiter: Wohin das Steuergeld fließt, zeigt der Subventionsbericht

Die Stadt Wien hat jetzt den Subventionsbericht für das Jahr 2015 veröffentlicht. Dieser macht nicht nur öffentlich, daß zum Beispiel das Gloria Theater von Gerald Pichowetz mit 460.000 Euro unterstützt wurde oder daß jeweils 20.000 Euro für die Frauenrechte in Uganda und die Roma in Südserbien ausgegeben wurden, sondern er macht jeden Steuerzahler richtiggehend zornig. Viele obskure Vereine erhalten eine Menge Geld, obwohl der Schuldenstand der Stadt im Vorjahr um 528 Millionen Euro anwuchs und nun 5,422 Milliarden Euro ausmacht.

Eine Million Euro für TV-Sender Okto

Der eine oder andere, der den Bericht mit den eigentümlichen Förderungen durchforstet, wird sich insgeheim wohl wünschen, daß sich die braven Arbeiter zusammenschließen, bei einem Notar ihre Steuerleistung hinterlegen, bis der Spuk mit den Millionenausgaben vornehmlich für SPÖ-Parteigünstlinge endlich aufhört. Wer versteht schon, daß man selbst hart arbeiten muß, um mit dem Familieneinkommen das Auslangen zu finden, während der „Verein zur Aufhellung der jüngsten österreichischen Geschichte“ locker 36.340 Euro einstreift, das Zentrum gegen Zigeunerfeindlichkeit 13.000 Euro und ein Zentrum für Rechtsberatung und psychologische Betreuung für Flüchtlinge und Migranten 210.336 Euro kassieren. Natürlich darf das SPÖ-nahe Amerlinghaus im Bericht nicht fehlen. Es erhält speziell für die Frauenintegration 191.570 Euro. Und der Fernsehsender Okto, der praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit sein Dasein fristet, wird mit sage und schreibe einer Million Euro subventioniert.

Ziel- und planlose Förderungen

Es sei unglaublich, wie viele Millionen ziel- und planlos aus dem Fördertopf fließen, sagt auch NEOS-Klubvorsitzende Beate Meini-Reisinger in einer Aussendung:

Der Bericht ist eine politische Nullerklärung: Keine einzige Zeile wird dafür verwendet, um aufzuklären, warum Förderungen vergeben wurden und was man damit erreichen wollte. Weder strategische Förderziele noch spezielle Schwerpunkte sind daraus zu erkennen – an fehlender Aussagekraft mangelt es dem Bericht definitiv nicht.

Die Nähe zur SPÖ ist von Vorteil

Die Freiheitlichen üben schon seit langem heftige Kritik an der Förderpraxis in Wien. Am Beispiel des Vereins „ICE Vienna“ machte der stellvertretende Kontrollausschuß-Vorsitzende, FPÖ-Gemeinderat Dietbert Kowarik, schon 2011 augenscheinlich, wie die Subventionsvergabe im roten Wien läuft. Der Verein bekam unfäßbare 720.000 Euro zugeschossen. Dafür gab es zahlreiche Merkwürdigkeiten: Geschäftsführer war damals Anton Mandl, seines Zeichens SPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter in Wien-Döbling. Besonders pikant: Herr Mandl verrechnete 1.600 Euro Taxikosten im Jahr, obwohl er als Bezirksvorsteher-Stellvertreter ohnehin eine Jahreskarte der Wiener Linien vergütet bekam.

Dem nicht genug, deckten die Freiheitlichen auf, daß die Vorstandsvorsitzende des Vereins „ICE Vienna“, Barbara Novak, zufällig auch die stellvertretende Bildungsausschußvorsitzende im Wiener Gemeinderat war, zugehörig der SPÖ und in einer ausgezeichneten Rolle, um dem eigenen Verein eine fette Förderung zukommen zu lassen.

USA führen Krieg mit 14 Staaten

Die US-War Power Resolution, die den US-Präsidenten dazu verpflichtet, zweimal im Jahr den US-Kongreß über die Stationierung bewaffneter und kriegsbereiter US-Truppen zu berichten, führte Ende 2014 die folgenden Staaten an: Afghanistan, Irak, Syrien, Somalia, Jemen, Kuba, Nigeria, Tschad, Uganda, Ägypten, Jordanien, Kosovo, Zentralafrikanische Republik, Tunesien.

Zu diesen offenen Kampfeinsätzen kommen noch weitere geheime.

Lesen Sie auch **KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN**

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

Wiener Beobachter, Folge 258 - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;
e-Post: wienbeobachter@mail.ru, Internetz: www.volksherrschaft.info
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und
Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. * Vertragsnummer: GZ 02Z031542M * Erscheinungsort: Wien *
Verlagspostamt: 1170 Wien